

Antrag Nr. 22-F-63-0075 Grüne, SPD, Linke und Volt

Betreff:

Sachstand Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 14.09.2022-

Antragstext:

Der Presseberichterstattung war zu entnehmen, dass das Land Hessen bedingt durch die deutliche Verschärfung des Bußgeldkataloges Rekordeinnahmen aus der Verkehrsüberwachung erzielt. Bedingt durch die Erhöhung der Bußgelder werden nunmehr auch deutlich mehr Verfahren durch die zentrale Bußgeldstelle des Landes Hessen beim Regierungspräsidium in Kassel bearbeitet. Die Erträge fließen dann zu 60% an das Land und nicht mehr voll nach Wiesbaden.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten

- 1) wie sich die Zahl der Bußgeldverfahren und die Einnahmen der Verkehrsüberwachung im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem ersten Halbjahr 2019 entwickelt haben.
- 2) wie viele Verfahren davon jeweils an die zentrale Bußgeldstelle in Kassel abgegeben werden mussten und wie hoch waren die dabei verhängten Bußgelder? Wie verhalten sich diese Zahlen zum ersten Halbjahr 2019?

Wiesbaden, 14.09.2022